

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 07.Mai 2026

Martin Habersaat

Lehrkräftebildungsgesetz: Qualität statt Abkürzung

TOP 4: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Drs. 20/20/3756 20/4346)

Das Lehrkräftebildungsgesetz regelt seit 2014 die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer (Lehrkräfte) an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein sowie ihre Fort- und Weiterbildung. Es ist das Gesetz, über das nach meiner Wahrnehmung letztlich die heutige Staatssekretärin Birgit Heß ihren Weg in die Politik gefunden hat. Vor allem aber ist es das zentrale Rechtswerk, das über nichts Geringeres entscheidet als über die Qualität unserer Schulen von morgen. Und ich will gleich zu Beginn sagen: Der Bedeutung dieses Gesetzes wird die Koalition gerade weder formal noch inhaltlich gerecht.

Formal:

Pünktlich zur Landtagswahl 2022 stellte die damalige Bildungsministerin Karin Prien das Wundermittel zur Zukunft der Fachkräfteversorgung an unseren Schulen vor: die Allianz für Lehrkräftebildung. Und ausgerechnet beim zentralen Vorhaben in dieser Legislaturperiode, der Novelle des Lehrkräftebildungsgesetzes, haben Sie die Allianz für Lehrkräftebildung außen vorgelassen. Deutlicher konnten Sie nicht beweisen, was ich bereits 2022 hier vermutet habe: Dass es Ihnen bildungspolitisch eher um Show geht als um Substanz.

Am 08.07.2025 wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften in die Anhörung gegeben. Daran gearbeitet hat die Landesregierung hoffentlich schon weit vorher.

Am 29.07.2025 wurde in der gemeinsamen Sitzung des Beirats und des Vorstandes der Allianz für Lehrkräftebildung die Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes erörtert.

So geht man nicht mit Expertinnen und Experten um! Ein Blick in die Anhörung im Bildungsausschuss zeigt: Die Kritik kommt nicht nur von der Opposition.

Fachleute warnen vor Qualitätsverlusten durch einen unbefristeten Direkteinstieg ohne verbindliche Berufseingangsphase.

Abkürzungen in der Ausbildung und eine Zweiklassengesellschaft in Lehrerzimmern mit „Basislehrkräften“ und richtigen Lehrkräften werden klar abgelehnt. Selten waren sich Anzuhörende so einig. Und selten hat sich eine Regierungskoalition so beratungsresistent gezeigt.

Auch hier gilt: So geht man nicht mit Expertinnen und Experten um!

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auch einmal auf eine aktuelle Problemlage in der Lehrkräftebildung hinzuweisen und die Realität an den Schulen – besonders an den berufsbildenden Schulen – hier in der Debatte einzuführen.

Eine GEW-Umfrage ergab zuletzt alarmierende Zahlen:

- Von 75 Nachwuchslehrkräften konnten nur 23 mit einer Planstelle in Schleswig-Holstein rechnen.
- Mehr als die Hälfte sah kaum Perspektiven, im Land zu bleiben.
- Und zwei Drittel würden den Vorbereitungsdienst nicht weiterempfehlen.

Das ist kein Randproblem. Das spricht sich an den Hochschulen herum. Das schreckt junge Menschen ab. Nicht irgendwann, sondern heute schon.

Wer soll denn nach Abitur, Ausbildung und Beruf noch Lehramt studieren, wenn am Ende keine Perspektive steht? In der Anhörung haben wir auch noch anderes gehört, das besorgt stimmen muss: Es gibt in Schleswig-Holstein Studierende als Vertretungslehrkräfte, eingesetzt als Klassenlehrkräfte, teilweise sogar in der Ausbildung von Nachwuchslehrkräften. Das ist nicht nur bildungspolitisch fragwürdig – das ist ein Alarmsignal für unser gesamtes System.

Für uns ist klar:

Der Lehrkräftemangel rechtfertigt keine Abstriche bei der Qualität.

Deshalb haben SPD, FDP und SSW gemeinsam einen Entschließungsantrag vorgelegt.

Damit geben wir Ihnen die Gelegenheit, über all' das noch einmal nachzudenken.

Unser Ziel ist eindeutig:

- keine dauerhafte Absenkung von Standards
- klare Qualifizierungswege für Direkteinstiege
- und am Ende immer die voll ausgebildete Lehrkraft